

Ministerium für Bundes- und Europaangelegenheiten
des Landes Nordrhein-Westfalen

Ministerium für Bundes- und Europaangelegenheiten NRW · Postfach 120340 · 53045 Bonn

An den
Präsidenten des Landtags
Nordrhein-Westfalen
Herrn Ulrich Schmidt MdL
Platz des Landtags 1

40192 Düsseldorf

Dienstgebäude:
Görresstr. 13, 53113 Bonn
Telefon: (0228) 2699-0
Durchwahl: (0228) 2699-250
Telefax: (0228) 2699-291

Datum: 30. August 1996

Betr.: Haushaltsplanentwurf 1997
hier: Einzelplan 09



Sehr geehrter Herr Präsident,

als Anlage übersende ich Ihnen eine Vorlage (300-fach) mit ergänzenden Erläuterungen für die Beratungen des Einzelplans 09 mit der Bitte um Weiterleitung an den Hauptausschuß, Haushalts- und Finanzausschuß sowie den Ausschuß für Europa- und Einwelt-Politik des Landtags.

Mit freundlichen Grüßen

Frankfurt Hammeyer



Ministerium für Bundes- und Europaangelegenheiten
des Landes Nordrhein-Westfalen

Bonn, den 30. August 1996

V - 025 B 2 - 1.33 (1997)

Vorlage

an den
Hauptausschuß,
Haushalts- und Finanzausschuß,
Ausschuß für Europa- und Eine-Welt-Politik
des Landtags Nordrhein-Westfalen

Haushaltsplanentwurf 1997
Ergänzende Erläuterungen
für die Beratung
des Einzelplans 09

1. **Gesamtüberblick**

Der Geschäftsbereich des Ministeriums für Bundes- und Europaangelegenheiten umfaßt die Vertretung des Landes beim Bund in Bonn und Berlin sowie bei der Europäischen Union in Brüssel.

Der Haushalt des Ministeriums für Bundes- und Europaangelegenheiten gliedert sich in folgende Kapitel:

Kapitel 09 010 - Ministerium

In diesem Kapitel sind die Einnahmen und Ausgaben des Ministeriums veranschlagt.

Kapitel 09 030 - Europaangelegenheiten

Dieses Kapitel umfaßt die Aufgaben im Bereich Europaangelegenheiten, insbesondere die Koordination der Europapolitik und die Vertretung der Interessen des Landes Nordrhein-Westfalen gegenüber der Europäischen Union in Brüssel. Desweiteren gehört hierzu der EU-Personalaustausch mit 10 Planstellen des höheren Dienstes (EU-Stellenpool).

Kapitel 09 900 - Versorgung der Beamten des Landes, der früheren Länder Preußen und Lippe und des früheren Reiches sowie deren Hinterbliebenen

Die voraussichtliche Zahl der Versorgungsempfänger im Einzelplan 09 beträgt nach dem derzeitigen Stand sechs Versorgungsempfänger.

Der Entwurf des Einzelplans 09 schließt in

den Einnahmen mit	253.800,-- DM
und	
in den Ausgaben mit	13.409.100,-- DM.

Von den **Ausgaben** entfallen auf

Personalkosten	8.914.900,-- DM (66,5 %)
Sächliche Verwaltungsausgaben	3.086.200,-- DM (23,0 %)
Zuweisung und Zuschüsse für laufende Zwecke	977.000,-- DM (7,3 %)
Ausgaben für Investitionen	431.000,-- DM (3,2 %)

Der Entwurf 1997 weist in den Ausgaben gegenüber den Ansätzen des Haushaltsjahres 1996 eine Minderung um 267.500,-- DM (rd. 2 %) aus.

	1997 TDM	1996 TDM	+/- TDM	in v.H.
4 Personal- ausgaben	8.901,9	8.976,8	- 61,9	- 0,70
5 Sächliche Verwaltungs- ausgaben	3.086,2	3.091,8	5,6	- 0,18
6 Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke	977,0	877,0	+ 1,0	+ 10,24
8 Ausgaben für Investitionen	431,0	731,0	- 300,0	+ 69,60
Gesamtausgaben	13.409,1	13.676,6	- 267,5	- 0,20

Die im Entwurf 1997 ausgewiesenen Veränderungen bei den Haushaltspositionen des Kapitels 09 010 und 09 030 gegenüber dem Vorjahr werden nachfolgend erläutert:

1. Einnahmen

- 1.1 Die Einnahmeerwartungen konnten aufgrund der Ist-Ergebnisse aus dem Jahre 1995 und der Entwicklung 1996 um 142.500 DM angehoben werden.

2. Personalausgaben

- 2.1 Die Gesamtzahl der Planstellen und anderen Stellen des Ministeriums in Bonn, Berlin und Brüssel ist im Entwurf des Einzelplans 09 für das Haushaltsjahr 1997 gegenüber dem Vorjahr konstant geblieben.

Bezeichnung	Höherer Dienst	Gehobener Dienst	Mittlerer Dienst	Einfacher Dienst	Insgesamt 1997	Insgesamt 1996	+/- 1997
Planmäßige Beamte/Beamtinnen	8	2	1	-	11	11	-
Beamtete Hilfskräfte	-	-	-	-	-	-	-
Angestellte	2	7	14	-	26	26	-
Arbeiter/innen	-	-	-	12	12	12	-
Titelgruppen							
Planmäßige Beamte/Beamtinnen	12	1	-	-	13	13	-
Beamtete Hilfskräfte	-	-	-	-	-	-	-
Angestellte	1	-	-	-	2	2	-
Arbeiter/innen	-	-	-	-	-	-	-
Insgesamt	26	10	15	12	63	63	-
Beamte im Vorbereitungsdienst	-	-	-	-	-	-	-
Auszubildende	-	-	-	-	-	-	-

Das im Haushaltsjahr 1996 und 1997 dargestellte Personalsoll berücksichtigt die Umsetzung einer Angestelltenstelle vom Finanzministerium zum MBEA (Vertretung in Brüssel) aufgrund der Auflösung des Fremdsprachendienstes im Finanzministerium. Diese Stelle ist mit einem kw-Vermerk belegt.

3. Veränderungen in Kapitel 09 010 und 09 030

3.1 Kapitel 09 010 - Personalausgaben

3.11 Titel 422 10 - Bezüge der Beamten

Ansatz 1997: 2.189.400,-- DM

Ansatz 1996: 1.958.200,-- DM

Die Bezüge sind auf Grundlage der Ist-Ausgaben 1995 unter Berücksichtigung der Änderung des Vergütungstarifvertrages und der Veränderung durch Zeitaufstieg und Familienstand neu berechnet worden.

3.12 Titel 425 10 - Bezüge der Angestellten

Ansatz 1997: 2.216.600,-- DM

Ansatz 1996: 2.473.600,-- DM

Die Bezüge sind auf Grundlage der Ist-Ausgaben 1995 unter Berücksichtigung der Änderung des Vergütungstarifvertrages und der Veränderung durch Zeitaufstieg und Familienstand neu berechnet worden.

Tarifrechtliche Ansprüche:

Es besteht ein tarifrechtlicher Anspruch des stellvertretenden Referatsleiters des Referates Europa und Referenten für Interregionale Zusammenarbeit von Vergütungsgruppe BAT I a aus Vergütungsgruppe BAT I b.

Desweiteren ist durch einen tarifrechtlichen Anspruch (Bewährungsaufstieg) eine Stelle von bisher Vergütungsgruppe BAT IV a nach BAT III/IV a auszuweisen.

Mit der Umressortierung der Europäischen Angelegenheiten im Jahr 1995 ist eine Schreibkraftstelle BAT VII/VIII aus der Staatskanzlei übernommen worden. Die Arbeitsplätze der Sekretärinnen im MBEA sind ausschließlich Mischarbeitsplätze, deren tarifrechtlicher Anspruch in die Vergütungsgruppe VI b/VII BAT einzustufen ist. Insoweit wird dieser Anspruch mit dem Haushalt 1997 ausgewiesen.

3.13 Titel 426 10 - Bezüge der Arbeiter

Ansatz 1997: 759.400,-- DM

Ansatz 1996: 741.100,-- DM

Der Ansatz ist unter Berücksichtigung der Änderung des Lohntarifvertrages sowie Veränderungen durch Zeitaufstieg und Familienstand angepaßt worden.

Sachhaushalt

Kapitel 09 010

3.2 Sächliche Verwaltungsausgaben

Die Sächlichen Verwaltungsausgaben sind gegenüber dem Vorjahr um 53.400 DM (2,87 %) gestiegen. Dies beruht allerdings nur darauf, daß einerseits die Kosten für die technische Sicherung von Wohnungen in Höhe von 1.000 DM entfallen sind, da diese nunmehr zentral im Einzelplan 20 veranschlagt werden; eine globale Minderausgabe nicht ausgewiesen ist und die Ausgaben für den Kauf der Firmentickets nunmehr erstmalig im Wege

der Bruttoveranschlagung als Ausgabe in Höhe von 24.000 DM in Ansatz gebracht worden sind. Die Flexibilisierungsvermerke für die Sächlichen Verwaltungsausgaben machen eine Überrollung der Ansätze, trotz Kostensteigerungen in einzelnen Bereichen, möglich.

4. Investitionen

Kapitel 09 010

4.1 Titel 713 00 - Neubau Landesvertretung NRW in Berlin (Vorarbeitungskosten)

Ansatz 1997: 250.000,00 DM

Ansatz 1996: 250.000,00 DM

Die Willensbildung, ob in Berlin ein Neubau für eine Landesvertretung NRW errichtet wird, ist noch nicht abgeschlossen, so daß vorsorglich die Vorplanungskosten für 1997 einzustellen sind. Der Ansatz für 1996 wird voraussichtlich nicht in Anspruch genommen werden.

4.2 Titel 812 20 - Erwerb von Geräten, Aus- stattungs- und Ausrüstungs- gegenständen für das erweiterte Dienstgebäude der Landesvertre- tung

Ansatz 1997: 100.000,-- DM

Ansatz 1996: 400.000,-- DM

Mit dem Ansatz soll das Dienstgebäude weiterhin mit beweglichem Inventar, insbesondere im Veranstaltungsbe- reich vervollständigt werden.

5. Europaangelegenheiten

Kapitel 09 030

5.1 Einnahmen

Die Einnahmeerwartung konnte aufgrund der Ist-Ergebnisse von 1995 und der Entwicklung 1996 um 18.000 DM erhöht werden.

5.2 Sächliche Verwaltungsausgaben

5.21 Titel 534 00 - Europapolitische Veranstaltungen

Ansatz 1997: 250.000,-- DM

Ansatz 1996: 350.000,-- DM

und

5.22 Titel 684 20 - Zuschüsse zur Förderung von grenzüberschreitenden Maßnahmen und Einrichtungen zur Vertiefung von Kontakten im deutsch-belgischen und deutsch-niederländischen Grenzgebiet sowie zur Förderung der europäischen Integration

Ansatz 1997: 387.000,-- DM

Ansatz 1996: 287.000,-- DM

Im Haushaltsjahr 1996 ist im Parlamentarischen Verfahren der Ansatz für Europapolitische Veranstaltungen um 100.000 DM erhöht worden, um im verstärkten Maße durch eigene europapolitische Veranstaltungen die Position des Landes in und zu Europa darzustellen und für das Land auf europäischer Ebene zu werben und die interregionale Zusammenarbeit zu begleiten und zu fördern. Gleichzeitig sind die Zuschüsse zur Förderung von

grenzüberschreitenden Maßnahmen und Einrichtungen zur Vertiefung von Kontakten im deutsch-belgischen und deutsch-niederländischen Grenzgebiet sowie zur Förderung der europäischen Integration (Titel 684 20) um 100.000 DM gemindert worden. Diese Maßnahme sollte nur für ein Jahr gelten. Insoweit sind jetzt die Ansätze korrigiert worden.

6. Titelgruppe 60

Vertretung des Landes Nordrhein-Westfalen bei der Europäischen Union

6.1 **Personalausgaben**

6.11 Titel 422 60 - Bezüge der Beamten

Ansatz 1997: 1.083.700,-- DM

Ansatz 1996: 1.120.000,-- DM

Der Ansatz ist unter der Berücksichtigung der Ist-Ausgaben 1995 neu berechnet worden.

6.12 Titel 425 60 - Bezüge der Angestellten

Ansatz 1997: 877.300,-- DM

Ansatz 1996: 853.000,-- DM

Der Ansatz ist unter der Berücksichtigung der Ist-Ausgaben 1995 und den Tarifsteigerungen neu berechnet worden.

6.2 **Sächliche Verwaltungsausgaben**

6.21 Titel 518 60 - Mieten und Pachten für Grundstücke,
Gebäude und Räume sowie Geräte,
Maschinen und Fahrzeuge

Ansatz 1997: 452.000,-- DM

Ansatz 1996: 412.000,-- DM

Die Erhöhung des Ansatzes um 40.000 DM beruht auf einem anerkannten Raumbedarf, der durch zusätzliche Anmietung von Büroräumen gedeckt werden soll.

7. Titelgruppe 70

EU-Personalaustausch

Der Stellenpool hatte in der Vergangenheit eine unzureichende Gewichtung in den Besoldungsgruppen. Die Kommission der Europäischen Union setzt beim Einsatz von Beschäftigten des Landes bereits eine mehrjährige Berufserfahrung voraus. Die Kandidaten befinden sich daher regelmäßig in den Besoldungsgruppen A 14, A 15 und teilweise auch A 16 BBO. Daher ist der Pool unter Wegfall von drei Stellen Regierungsrat/Regierungsrätin A 13 BBO und Ausweisung von zwei Stellen Regierungsdirektor/Regierungsdirektorin A 15 BBO den notwendigen Erfordernissen angepaßt worden. Der Mehrbedarf für die Bezüge berücksichtigt nicht nur die Anpassung, sondern auch die Aktualisierung des Ansatzes aufgrund der Änderungen des Besoldungsgesetzes.